



Regierungsrat des Kantons Uri

Auszug aus dem Protokoll

21. Oktober 2025

Nr. 2025-611 R-151-13 Parlamentarische Empfehlung Mario Baumann, Wassen, zu «1. Hilfe an den Volksschulen»; Antwort des Regierungsrats

I. Ausgangslage

Am 21. Mai 2025 reichte Landrat Mario Baumann, Wassen, gemeinsam mit Zweitunterzeichnerin Cornelia Gamma, Schattdorf, eine Parlamentarische Empfehlung zum Thema «1. Hilfe an den Volksschulen» ein. Mit der Parlamentarischen Empfehlung wird bei dem Regierungsrat beantragt, die flächendeckende Einführung eines Moduls an den Urner Volksschulen zu prüfen, das den Schülerinnen und Schülern grundlegende Kenntnisse der Ersten Hilfe vermittelt. Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler spätestens am Ende der obligatorischen Schulzeit in der Lage sind, in Notfallsituationen angemessen zu handeln und lebensrettende Sofortmassnahmen einzuleiten.

II. Antwort des Regierungsrats

A. Formelles

Gemäss Artikel 60 Absatz 3 des Gesetzes über Schule und Bildung (Bildungsgesetz; RB 10.1111) obliegt es dem Erziehungsrat, die Lehrpläne festzulegen und die Lehrmittel zu bestimmen, die im Unterricht der Volksschule zu verwenden sind. Zudem übt der Erziehungsrat im Rahmen der Gesetzgebung die unmittelbare Aufsicht über das Volksschulwesen aus (Art. 60 Abs. 1 Bildungsgesetz). Daher hat der Regierungsrat die Parlamentarische Empfehlung zur Bearbeitung und Antragstellung dem Erziehungsrat überwiesen; auf dessen Ausführungen stützt er sich nun bei der Beantwortung der Parlamentarischen Empfehlung ab.

B. Materielles

Der Lehrplan 21 unterscheidet zwischen Grundansprüchen (verbindliche, für alle Schülerinnen und Schüler zu erreichende Kompetenzziele bis zum Ende eines Zyklus) und weiterführenden oder vertiefenden Lernzielen. Der Fachbereich «Bewegung und Sport», Kompetenzbereich «Bewegen im Wasser», enthält das Kompetenzziel «Alarmieren und Retten». Die Mehrheit der zugehörigen Kompetenzen sind als Grundansprüche ausgewiesen. Diese beziehen sich aber primär auf die Sicherheit im und am Wasser. Eine explizite Verankerung allgemeiner Erste-Hilfe-Kompetenzen findet sich im Lehrplan

nicht. Entsprechend diesen Vorgaben wird das Thema Erste Hilfe an den Volksschulen in Uri nicht flächendeckend und systematisch behandelt. Wie eine Umfrage im Sommer 2025 zeigte, greifen einzelne Schulen die Erste Hilfe trotzdem auf, meist aber punktuell und nach dem Ermessen der Lehrpersonen. Die Vermittlung erfolgt entweder durch die Lehrpersonen selbst oder in Zusammenarbeit mit externen Fachpersonen (z. B. dem Samariterverein).

Regierungsrat und Erziehungsrat sind der Meinung, dass Erste Hilfe eine zentrale lebenspraktische Fähigkeit mit hoher gesellschaftlicher Relevanz ist - insbesondere angesichts potenzieller Notfallsituationen im Schul- und Freizeitkontext. Es ist daher angebracht, künftig sämtlichen Urner Schulkindern grundlegende Kenntnisse der Ersten Hilfe stufengerecht zu vermitteln.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind Regierungsrat und Erziehungsrat bereit, folgende Massnahmen zu ergreifen und umzusetzen:

- Weiterbildung: Im Rahmen des NORI-Programms werden Kurse zur Ersten Hilfe angeboten - sowohl zur fachlichen Sicherheit der Lehrperson als auch zur pädagogischen Vermittlung.
- Merkblatt: Die Bildungs- und Kulturdirektion erarbeitet ein Merkblatt mit Empfehlungen zu den zu erreichenden Lernzielen sowie mit Hinweisen auf Programme und Lehrmittel.
- Lehrmittel: Geeignetes bestehendes didaktisches Material wird vom Erziehungsrat für die Schulen als verbindlich erklärt. Wo nötig, lässt die Bildungs- und Kulturdirektion spezifisches didaktisches Material erstellen, um die Vermittlung der Inhalte zu unterstützen. Das Didaktische Zentrum Uri wird mit geeigneten Erste-Hilfe-Materialien zur Ausleihe und Anwendung im Unterricht ausgestattet (z. B. der Themenkiste).
- Lerninhalte: Der Erziehungsrat definiert verbindliche Lerninhalte für einen Zyklus.

III. Empfehlung des Regierungsrats

Gestützt auf die vorangegangenen Ausführungen empfiehlt der Regierungsrat dem Landrat, die Parlamentarische Empfehlung zu überweisen und diese gleichzeitig als materiell erledigt abzuschreiben.

Mitteilung an Mitglieder des Landrats; akkreditierte Rathausmedien; BKD Direktionssekretariat

Im Auftrag des Regierungsrats
Standeskanzlei Uri
Der Kanzleidirektor



Beilage

LA.2025-0358 II. Text der Parlamentarischen Empfehlung